

Zeitschrift: Die Berner Woche

Band: 37 (1947)

Heft: 13

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

POLITISCHE RUNDschau

Der gefährliche Goldhaufen

-an- Die Konjunktur hält an. Und da sieanhält, sind eine Reihe an sich schwerer Probleme nicht so dringlich, wie sie werden könnten, wenn an Stelle der Vollbeschäftigung die Krise herrschen würde. Man kann beispielsweise über die notwendige oder nicht notwendige Aufwertung des Schweizerfrankens disputieren und dabei alles auf sich be ruhen lassen, man kann ohne Schaden die falschesten Ansichten über derlei Probleme herumbieten. Aus dem sehr einfachen Grunde, weil die Wirtschaft sich weiter entwickelt, ob nun am «monetären» Ende etwas oder nichts geschehe. Die schweizerischen Zeitungsleser haben einer *Abrechnung von Bundesrat Nobs mit Nationalrat Duttweiler* beige wohnt und vernommen, dass der Abgekanzelter wahrscheinlich drüben in Neuyork die Amerikaner falsch verstanden habe. Dass sie gar nicht, wie er meinte, Verständnis hätten für das Verlangen gewisser Schweizer, den Dollar kurs freizugeben oder gegenüber unserer Valuta zu senken. Doch was liegt schon daran, solange die Welt warenhungrig bleibt und nicht fragt, wieviel die Deckung des so unheimlich dringlichen Bedarfs koste! Wir gehen, wenn der Dollar international sinkt, «mit dem Dollar», indem wir die Parität aufrecht erhalten. Wir behandeln eine Reihe von abgleitenden Währungen ähnlich und «werten gewissermassen den Schweizerfranken unsichtbar ab», indem wir freiwillig mehr für Liren und französische Franken bezahlen, als wir am schwarzen Markt bezahlen müssten. Damit ermöglichen wir, oder erleichtern wir den andern den Kauf unserer Devise und sichern so unserm Export die Dauer.

Die Eingeweihten sagen, die zuströmenden Goldmassen, gegen die wir schweizerische Noten abgeben müssten, wären eine Katastrophe für uns, wenn wir sie einfach hereinliessen. Zweifellos ist dieses «andrängende Gold» der Grund, weshalb man den Franken, der sich nicht gegen Gold ohne weiteres «ausliefert» und durch eine Inflation entwertet, schwarz so teuer bezahlt. Nähmen wir Gold unbeschränkt an, er würde rasch im internationalen Werte sinken. Dann hätten wir die Importerschwerung, dazu die Export erleichterung ohne Grenzen, im Inland die Teuerung — und die Teuerung müsste wieder auf den Frankenwert drücken. Kein Mensch kann ermessen, bis auf welche Höhe unsere Preise klettern müssten, bis sie sich als Exportbremse auswirken und der gefährlichen Preis-Lohnspirale und dem damit verbundenen sozialen Druck ein Ende bereiten könnten.

Wir machen nun, was viele Jahre bestritten wurde, die Erfahrung, dass auch ein Goldhaufen, der ständig wächst, die Preise in die Höhe jagen kann, ob er nun umlaufe oder seine «vermehrten Stellvertreter», die Noten der Nationalbank, in Zirkulation schicke. *Bundesrat Stampfli's Hinweis auf die preisseigernde Wirkung der seinerzeitigen kalifornischen Goldfunde* war deutlich und bewies, warum wir die Goldschwemme entweder abbremsen oder «sterilisieren» müssen!

Die Verhandlungen in Moskau

Es grenzt an Psychose, die Verhandlungen der «grossen Vier» in Moskau immer wieder mit den Ueberschriften «fruchtlos», «kritisch», «dem Scheitern nahe» zu beurteilen. *In Wirklichkeit wird eben verhandelt*, das heisst, die Ansprüche werden angemeldet, bestritten, variiert, verglichen, und das Resultat wird ein Kompromiss sein. Dass von russischer Seite nach Kriegsschluss alles getan wurde, um in der Ostzone des restlichen Reiches bestimmte, nachher nicht widerrufbare Verhältnisse zu schaffen, steht natürlich fest, und auch, dass sie zur Erreichung dieses Zweckes immer wieder Zeit herauszuschinden versuchten. Aber ebenso sicher dürfte sein, dass sie ihren Zweck nicht erreichten und nun auf verschiedenen Gebieten einlenken. Die «SED», die kommunistisch gelenkte sozialistische Einheitspartei, ist nicht zur Mehrheitspartei geworden und kann ihre Totalitätsansprüche auch mit Hilfe der russischen Kommandostellen nicht durchsetzen, abgesehen davon, dass diese Stellen sich hüten, durch solchen Druck die Gegenparteien und die Alliierten noch mehr herauszufordern.

Was Moskau erreicht hat, das ist der Abtransport einer gewissen Menge von industriellen «Einrichtungsgütern», teils intakt, teils zerstört infolge mangelnder Sorgfalt von seiten ungewohnter Soldatenfäuste. Erreicht ist auch die nachherige russische Staatsbeteiligung in wichtigen Industriezweigen. Und in diesem Zusammenhang sind auch «Lieferungen auf Reparationskonto» aus diesen und andern Wirtschaftssektoren zu verbuchen. Man kann gespannt sein, wie die Kolonnen aussehen, die Molotow der Konferenz vorzulegen versprochen hat. *Zehn Milliarden, so sagt er, habe man Russland bereits an der Jalta-Konferenz an Kriegsent schädigung versprochen*, einen nur geringen Prozentsatz dessen, was Hitlers Armeen in Russland zerstörten. *Auf zehn Milliarden beziffert er, was die Westalliierten aus ihren Zonen weggeführt hätten*, inbegriffen natürlich auch die Kohlen aus dem Ruhrgebiet und aus der Saar. Bevin nannte diese Summe lächerlich übertrieben. Aber auch Molotow bestreitet ernstlich, dass die von Moskau bisher weggeführte Beute einen grossen Bruchteil dessen ausmachten, was es zu fordern habe.

Die Diskussionen um die von beiden Seiten bisher gemachte Beute und die gegenseitigen Beschuldigungen, in naher Zukunft solche noch zu machen, füllten die ersten Tage der Konferenz zum grossen Teil aus und erweckten den Anschein, als ob nun wochenlang in dieser Weise gezankt werden solle. Den Anschein einer Zänkerei konnte auch die *Debatte über den Titel des Vertrages*, welchen man Deutschland auferlegen werde, machen. «Vertrag für Deutschland», «Vertrag über Deutschland» oder wie? Im vorgängig zu bereinigenden österreichischen Frieden würde ja der mit Deutschland ab geschlossene mehrfach zu erwähnen sein. Wie sollte der Ausdruck lauten? «Für» bedeutete,

dass die Deutschen nichts zu sagen hätten. «Ueber» musste soviel heissen wie ein Instrument, das die Alliierten ohne Zutun von deutscher Seite über das Reich verhängten. «Mit» ging gar nicht an. Denn die Sieger denken nicht daran, mit gleichberechtigten Partnern einen «Kontrakt zu tätigen». Also einigte man sich, wenn die Meldung nicht widerrufen wird, auf den Ausdruck «deutscher Vertrag».

Nach den scheinbar wenig ergiebigen Eingangsverhandlungen trat zum erstenmal Molotow mit einem klaren

russischen Programm für das Reich

auf den Plan und rief sogleich die Partner zur Bekanntgabe ihrer Ideen auf. Nach Molotow, der seine Ansichten, die offiziellen des Kremls, in zehn Punkten zusammenfasste, sollen in erster Linie *zentrale Regierungsstellen* für Industrie, Landwirtschaft, Transport, Post und Telegraph, Aussenhandel und Finanzen bestellt werden. Zum Zweiten müsste Deutschland eine *jährliche Stahlproduktion von zehn statt den in Potsdam bewilligten 7,5 Millionen zugestanden werden*. Drittens — und das ist hochwichtig, will Moskau *das Ruhrgebiet unter die gemeinsame Kontrolle der vier Grossmächte stellen*. Als vierter, komplexer Punkt wird genannt: *Unterstellung der Kartelle und Trusts unter den Staat*, wobei die deutschen demokratischen Parteien mitreden dürfen. Im Zusammenhang damit müsste *die deutsche Währung saniert*, die Währungsspekulation bekämpft und der *Export gefördert werden*. Der fünfte Punkt bezeichnet eine scharfe russische Forderung: *Das britisch-amerikanische Zonen-Abkommen soll annulliert werden*.

Zur Frage des *Umfanges sämtlicher Reparationen* spricht der sechste Punkt. Ihre Höhe soll auf den Preisen von 1938 basieren und später festgesetzt werden. Aber, so fordert Punkt 7: *Russland will auf jeden Fall seine 10 Milliarden*, und zwar will es sie «eintreiben» durch weitere Abtragungen von deutschen Industrieanlagen, durch Beteiligung an den Ergebnissen der deutschen Produktion und durch Realisierung deutscher Auslandsguthaben. Und Punkt 8 erklärt, dass *bis zum Frühjahr 1965*, also innerhalb 20 Jahren nach Abschluss des Potsdamer Vertrages, die deutschen Reparationsleistungen beendet werden müssten. Zum Unterschied von Versailles, welches keine solche Grenze festlegte. Wenn man will, ist dies «ein Trost für die Deutschen».

In Punkt neun wird gefordert, dass *die Reparationskommission* der «Grossen Vier» *ihre heute unterbrochene Tätigkeit wieder aufnehmen solle*, und in Punkt zehn die Erwartung ausgesprochen, dass man den deutschen *Friedensindustrien* «zum Nutzen des deutschen Volkes und anderer Länder» — *«keine Hindernisse in den Weg legen»* werde.

Natürlich hat dieses Zehnpunkteprogramm einen wesentlichen Haken: Die vier Zonen müssten miteinander verschmolzen werden. «Zentrale deutsche Regierungsstellen» können nicht mit Erfolg amten, wenn die Bar-



Nach dem Hilfsversprechen Trumans gegenüber der griechischen Regierung dürften die Tage der räuberischen Guerillas an der Nordgrenze Griechenlands gezählt sein. Die zugesicherte amerikanische Hilfe scheint das Rückgrat der Regierung bereits beträchtlich gestärkt zu haben. — *Unser Bild* zeigt griechische Regierungstruppen auf ihrer Fahrt ins Kampfgebiet in Thessalonika. (Photopress)



Zwischen Tel Aviv und Haifa, also in der Zone, in welcher das Standrecht verhängt ist, haben jüdische Terroristen verschiedene Eisenbahnattentate unternommen. Bei Petah Tikwa wurde ein Zug mit Erdöl in die Luft gesprengt. Die Angreifer versuchten, das Öl in Brand zu setzen, was aber verhindert werden konnte. Von den nahen Dörfern kamen Araber, Frauen und Männer, herbei und füllten ihre Bidons mit der ausgelaufenen kostbaren Flüssigkeit. (ATP)

rieren zwischen Ost und West und auch zwischen der anglo-amerikanischen und der französischen Zone weiterbestehen. Es war denn auch der amerikanische *Aussenminister General Marshall*, der Molotow sofort entgegenhielt, der Schlüssel zur Lösung des deutschen Problems sei die «Behandlung des Reiches als wirtschaftliche Einheit». *Die einheimischen Wirtschaftsquellen müssten gemeinsam benutzt werden.* Ein Export- und Importplan müsse ebenso aufgestellt werden wie die endgültige Reparationenrechnung. *Freizügigkeit für die Wirtschaft*, zentrale deutsche Verwaltungsstellen, eine Reform der Finanzen seien unerlässlich, und allem voran müssten die Zonengrenzen fallen.

Drei Verfassungsentwürfe für das Reich

kamen nun, als ob Molotow sie mit seinem Votum hervorgelockt, auf den Tisch. *Bevins Plan* sieht einen dezentralisierten deutschen Bundesstaat vor. Eine provisorische Verfassung unter Kontrolle der Alliierten, danach eine «Evolution des demokratischen Systems» — das wäre der Anfang. *Alle Gewalt soll den einzelnen Ländern überwiesen werden*, außer denjenigen, die ausdrücklich der Zentralregierung verliehen wird. Vor allem hätten die Länder als ausführende Instanzen Beschlüsse durchzuführen, welche die Zentralregierung gefasst. Wir denken dabei an eidgenössische Massnahmen, deren Durchführung in den Händen der Kantone liegt, nur dass im neuen Reiche nach dem britischen Plane alles von den «Kantonen» getan werden müsste. Der deutsche «Bund» hätte keine ausführenden Organe, weil er kein Ausführungsrecht besäße. Er wäre gewissmassen auf die Gnade der Länderregierungen angewiesen. Von ihnen hing ab, ob etwas, das in «Berlin» oder einer andern zur Hauptstadt erhobenen Stadt als «Gesetz» erklärt worden, allenthalben in Deutschland verwirklicht würde. Der britische Entwurf sieht schon allein dank dieser Bestimmung *ein Mittelding zwischen Bundesstaat und Staatenbund* vor. Die Begründung: Keine Partei oder Stelle im neuen Deutschland darf

sich selbst eine Machtfülle aneignen, die wie Anno 1939 einen Weltkrieg entfesseln könnte. Man will den demokratischen Kräften, die sich in Einzelgebieten weit besser als auf dem «größten Raume» entfalten können, wirklich auch Entfaltungsmöglichkeiten verschaffen.

Die zentrale Regierung, die aus einem Staatspräsidenten, einem «Nationalrat» und einem «Länderrat» besteht, soll nur Gesetze schaffen können, welche für die Herstellung der Wirtschaftseinheit, der Finanzeinheit, der Rechtseinheit notwendig sind.

Der amerikanische Entwurf hat noch keine reale Gestalt, doch scheint Marshall dem «Staatspräsidenten» zu opponieren. Allzusehr sieht ihm ein Mann, der eine ähnliche Machtfülle wie der USA-Präsident besäße, nach einer Figur aus, die sich gegebenenfalls in einen Hitler verwandeln könnte. Im übrigen möchten die USA zuerst *eine aus den Chefs der Länderregierungen bestellte provisorische Regierung* ans Ruder bringen. Man hat das Gefühl, als ob sich Amerika weit weniger mit deutschen Verfassungsfragen als mit wirtschaftlichen befasst habe. Darum die letzten Endes unmögliche «Regierung der Länderchefs».

Die grosse Überraschung war *der russische Verfassungsentwurf*, der auf den ersten Blick dem britischen sehr ähnlich sieht. Liquidierung der hitlerischen zentralen Verwaltung, *demokratisch gewählte Landtage, Zweikammersystem für das Reich, vom Volke gutgeheissene Länderverfassungen* und ebenso eine durch Abstimmung zu garantierende *Rechtsverfassung, Garantie der Menschenrechte (!), Zusicherung der Bildung demokratischer Parteien, Gewerkschaften und ähnlicher Organisationen, Proporz und geheime Wahlen*, nicht nur für das Reich und die Länder, sondern auch für die Gemeinden.

Frankreich opponiert

jeder verfrühten Vereinheitlichung der politischen Gewalt, will also keine Zentralregierung — angeblich jetzt noch nicht, sondern erst in einem späteren Stadium. Zuerst müsste das deutsche Volk lernen, sich in Gemeinde-

fragen «von unten auf zu schulen». Es ist möglich, dass sich Russen und Franzosen in der Hinausschiebung der Zentralregierung «in die Ferne» finden, obgleich es scheint, als sei es Moskau, das am entschiedensten für das «einheitliche Reich» sei. Man muss jedoch den *Vorbehalt Molotows* aufmerksam lesen: «*Die zentrale Regierung soll bestellt werden, wenn sie die wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands garantieren kann.*» Das ist eine sehr vielsagende Formulierung. Heute und morgen wird überhaupt niemand als die Besatzungsmächte diese Einheit garantieren können, und gegen ihren Willen wird keine noch so straff organisierte Zentralstelle im Reiche diese Garantie bieten. Am Ende hängt alles von der Gnade der Russen ab, die den Zeitpunkt für das Auftreten einer solchen Zentralinstanz für gekommen oder noch nicht erklären.

General Marshall hat Molotow belehrt, seine Vorschläge ließen auf die Föderalisierung des Reichen hinaus. Wenigstens würde ein Entwurf in den USA als föderalistisch gewertet werden. Diese Bemerkung deutet die Verwunderung Amerikas und des Westens an, nicht nur wegen des vorgeschlagenen Systems, das dem schweizerischen (und übrigens dem Wortlaut nach auch dem russischen) ähnlich ist, sondern vor allem, weil es ausdrücklich die Menschenrechte garantiert. Verbeugt sich Moskau vor dem Westen — und verbeugt sich mit Hintergedanken? Oder will der Kreml Truman seine ideologischen Kreuzzugsargumente nehmen? Wir glauben, der Fall Ege einfacher: Molotow und der Kreml halten ein so organisiertes Deutschland für das den heutigen deutschen Parteien genehme, für das politisch ungefährlichste und zugleich für das in jeder Richtung — auch nach der kommunistischen Seite hin — entwicklungsfähigste, weil es die Freiheit der Agitation für alle nichtfascistischen Ideen bietet. In einem übervölkerten Reiche mit seiner für Jahrzehnte garantierten Armut kann der Kommunismus Zukunft haben, auch wenn er heute anscheinend sehr wenig Chancen besitzt.

Rechts: Unser Bild zeigt in bester Laune rechts den russischen Aussenminister mit seiner Gattin und seinen Stellvertreter Wyschinsky (links), ebenfalls mit Gemahlin. Frau Molotow trägt die Bänder zu einer Reihe von Ordensauszeichnungen (ATP)

Unten: Diese interessante Aufnahme von dem grossen gesellschaftlichen Anlass zeigt zwei bekannte Heerführer aus dem vergangenen Krieg beim Prost: Sowjet-Marschall Konjew und General Clark (USA) (Photopress)



Der Presseprozess Brentano—Gasser

Unsere Aufnahme zeigt ein «Stimmungsbild» aus dem sensationellen Ehrverletzungsprozess vor d. Schwurgericht Winterthur. Zwischen dem Kläger Bernhard Brentano, dem als Nazi-anhänger und Antisemiten beschuldigten deutschen Emigranten und Schriftsteller (links) und dem angeklagten Verfasser des Artikels, Manuel Gasser (rechts) steht der Anwalt Brentanos, Dr. Baechi (ATP)



Rechts:

England unter Wasser

Grossbritannien wird gegenwärtig von der grössten Hochwasserkatastrophe der letzten 300 (!) Jahre heimgesucht. Weite Teile des Landes stehen unter Wasser, Dörfer und Städte sind abgeschnitten, die Verkehrsverbindungen unterbrochen. Und noch hat es immer nicht den Anschein, als ob der Höhepunkt der Krise überschritten sei. Unser Bild zeigt das vollkommen unter Wasser stehende Städtchen Doncaster in der Grafschaft Yorkshire. Die Bus kämpfen sich einen Weg durch die Fluten (Photopress)



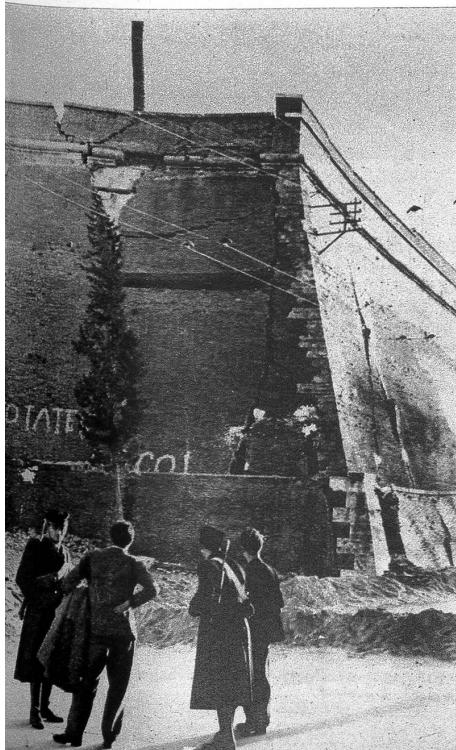
Ist das die Ouvertüre zum «unabhängigen Indien»?

Man hat dem «imperialistischen» England immer vorgeworfen, es fördere in Indien die Zwietracht zwischen den verschiedenen Parteien. Die Konservativen in England hingegen behaupteten immer, sie könnten die britischen Streitkräfte nicht aus Indien zurückziehen, da sonst das Land dem Bürgerkrieg anheimfallen würde. Nächstes Jahr nun werden die Engländer Indien räumen, auch wenn sich bis dann die Inder nicht geeint haben werden, wie Attlee erklärte. Einstweilen sieht es in Indien nicht nach Einigung aus, wie dieses Bild aus Amritsar in der Provinz Punjab zeigt, wo es neuerdings zu schweren Unruhen zwischen Sikhs, Hindus und Mohammedanern kam. Unser Bild zeigt eine Strasse in Amritsar, wo es außerdem mehr als 1000 Tote gab nach dem «Sturm»... (Photopress)



Lord Louis Mountbatten, der neue und letzte Vizekönig von Indien, ist dieser Tage vom Londoner Flugplatz Northolt aus im Flugzeug nach Indien abgereist, wo er den Rückzug der britischen Truppen vorzubereiten hat. U. B. zeigt Lord Mountbatten und Gattin vor dem Flugzeug beim Abschied (Photopress)

Mauerbruch in der Vatikanstadt. Die Mauer aus dem 19. Jahrhundert, die die Vatikanischen Gärten stützt, hat dieser Tage einen sehr gefährlichen Bruch erlitten und muss abgetragen werden. Durch unterirdische Kanalisationsarbeiten, in deren Verlauf ein Tunnel einstürzte, sackte die Riesenmauer in dieser Weise ein



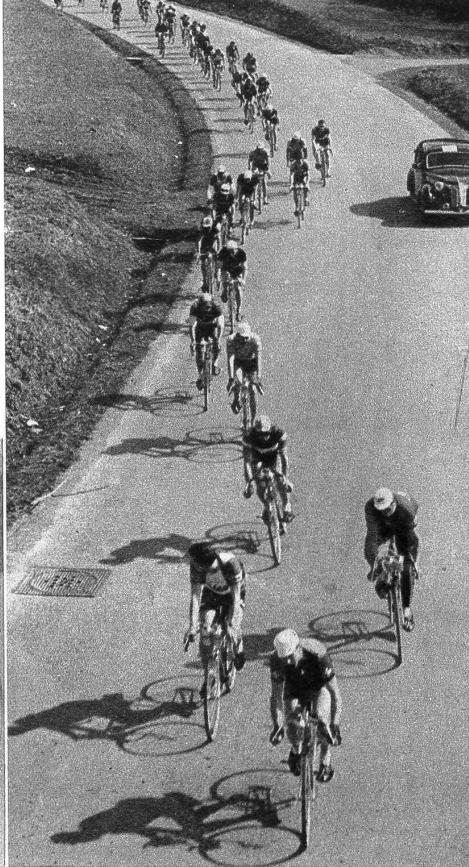
Rechts:
Als Saisoneröffnung wurde dieses Jahr die erst in vierter Auflage erstehende Städte-Fernfahrt Zürich-Lausanne (243 km) ausgetragen, die bei prächtigem Wetter einen dramatischen Verlauf nahm. Schon bei Baden kam eine Spitzengruppe weg, die die restlichen 200 km allein vor dem Felde einherpedalte. Während vorne die Spitzeneiter unentwegt gegen den Wind kämpften, übt sich die Hauptmacht zur Kräfteschonung im Schlangenfahren. Hier bei Wildegg führt gerade Karl Litschi das aufgelöste Rudel an (ATP)

Unten:
Das Rennen wurde vom Italiener Zanazzi im Spur gewonnen vor den Schweizern Tarchini, Koblet, Lang und Diggelmann. U. B. zeigt die Kopfgruppe vor Neuenburg. Man erkennt von links nach rechts: Diggelmann, Koblet und den nachmaligen Sieger Zanazzi (Photopress)



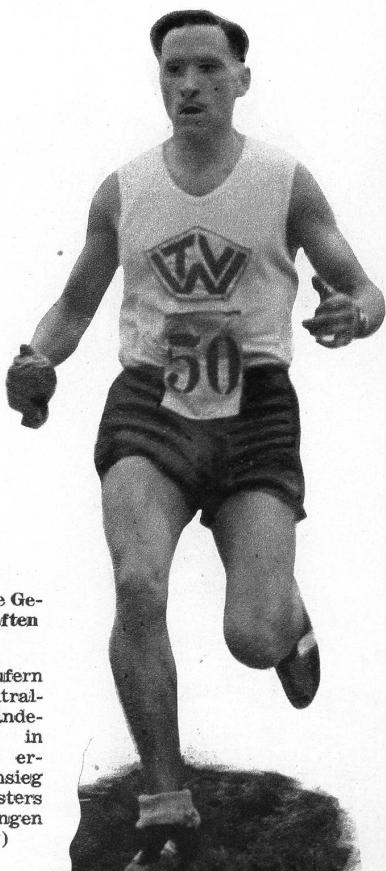
FC Basel schlägt Servette Genf 5:1

Schweizermeister Servette musste in Basel eine empfindliche 5:1 Niederlage einstecken. FC Basel, der Cupfinalist, dokumentierte damit seine ansteigende, für den kommenden Cupfinal vielversprechenden Form. Unser Bild: Der Genfer Ersatztorhüter, der durch die Verletzung Toni Rüeschs in der ersten Halbzeit einspringen musste, ist im Begriff, sich auf den Ball zu stürzen (Photopress)



Les «Six Jours» de Paris

Diesen Rahmen zu einem Hallenradrennen schafft nur Paris! Blick in das Velodrome d'Hiver während des Pariser Sechstagerennens. Die Ränge sind gefüllt und die Pariser Sportfans «gehen richtig mit», wie der Fachmann sich ausdrückt. — Unser Bild: Die Fahrer kreisen um das Holzoval. Vorne erkennt man den Schweizer Ferdi Kübler zusammen mit dem Franzosen Guimbretière (Photopress)



Rechts:

Zentralschweizerische Geländelaufmeisterschaften in Thun

In den von 45 Läufern bestreiteten zentralschweizerischen Geländelaufmeisterschaften in Thun kam es zum erwarteten Favoritensieg unseres 10 000 m-Meisters Werner Käenzig (Wangen bei Olten) (ATP)